

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Beteiligungen,
Organisation und Finanzentwicklung der Stadt Lüdenscheid**

am 18.05.2006

im Multifunktionsraum der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH, Lennestr. 2

Anwesend:

Vorsitz:

Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer CDU

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Horst Eick	SPD	ab 18:30 Uhr Vertretung für Rats- herrn Ulrich Noetzlin
Ratsherr Oliver Fröhling	CDU	Vertretung für Ratsherrn Bernd Schulte
Ratsfrau Christel Gabler	CDU	
Ratsfrau Angelika Linnepe	LL	Vertretung für Ratsherrn Wolf R. Cassel
Ratsherr Harald Metzger	SPD	
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde	CDU	
Ratsherr Bruno Schwarz	FDP	
Ratsfrau Elke Teipel	SPD	
Ratsherr Holger Triebert	SPD	
Ratsfrau Tanja Tschöke	Grüne	
Ratsfrau Ramona Ullrich	SPD	
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Jens Voß	SPD	Vertretung für Ratsherrn Michael Thielicke
Herr Ulrich Noetzlin	SPD	bis 18:30 Uhr
Frau Christiane Rahmede	CDU	
Frau Elisabeth Siebensohn	CDU	Vertretung für die CDU-Fraktion

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Peter Oettinghaus AfL

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder
Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler
Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen
Herr Michael Walker
Frau Martina Schmidtke
Frau Britta Vogelsang

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Bernd Schulte - MdL CDU

Ratsherr Michael Thielicke
Herr Wolf Reiner Cassel

SPD
LL

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Marcus Kühnel CDU

Beginn: 16:15 Uhr

Ende: 20:15 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Zur öffentlichen Fragestunde sind als Gäste die Ausbildungsjahrgänge der Stadt Lüdenscheid anwesend, die von der Vorsitzenden Meyer begrüßt werden.

Herr Tobias Schiffner, Jugend- und Ausbildungsvertreter, erläutert seinen Antrag, der über den Personalrat den Ausschussmitgliedern zugeleitet worden ist und bittet um die Übernahme der Auszubildenden der Stadt Lüdenscheid.

Herr Blasweiler erklärt, dass sich der Ausschuss für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung bereits zweimal mit der Ausbildungssituation bei der Stadt Lüdenscheid befasst habe und diese auch in dieser Sitzung im nicht-öffentlichen Teil behandelt würde, mit dem Ziel, eine verträgliche Lösung zu finden.

2. Genehmigung des Protokolls vom 30.03.06

Der Ausschuss stellt das Protokoll in der vorliegenden Form als genehmigt fest.

3. Haushalt 2006

Stadtkämmerer Blasweiler erläutert das Gesamtkonzept zum „Haushalt 2006“, das sich aus den Beschlussvorlagen „Haushaltssicherungskonzept 2006“, „Hebesatzsatzung“, „Liste auf der Basis des Rechnungsergebnisses 2005“, „Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2006“ und „Finanzplanung 2005 – 2009, Investitionsprogramm 2007-2009“ zusammensetzt.

Nach den Ausführungen des Stadtkämmerers bringt Ratsherr Schwarz den gemeinsamen Antrag der Lüdenscheider Ratsfraktionen Lüdenscheider Liste, CDU und FDP ein. Nach kurzer Diskussion, zu welchem TOP über den Antrag beraten werden soll, ergeht Einigung, dass im Nachgang zur Beratung über Vorlage 072/2006 „Hebesatzsatzung“ über den gemeinsamen Antrag beraten werden soll.

**3.1. Haushaltssicherungskonzept 2006, hier: Vorschlagsliste Einsparungen
Vorlage: 043/2006**

Herr Blasweiler trägt vor, dass die HSK-Liste zusammengefasst alle Änderungen enthält und bereits am 30.03.2006 in den Ausschuss eingebracht, aber noch nicht beraten wurde. Er weist erneut darauf hin, dass es nicht ausreichend ist, dass der Rat die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2006 beschließt, sondern auch ein Beschluss über das Haushaltssicherungskonzept 2006 zu fassen ist.

Es schließt sich eine Diskussion an, in der Einzelpositionen des HSK, beispielsweise Vereinszuschüsse, diskutiert werden.

Ratsfrau Gabler regt an, nicht über Einzelpositionen des HSK zu diskutieren.

Ratsherr Metzger stellt den Antrag zur Abstimmung, die Streichung von 1.390 € bei der Haushaltsstelle 1.120.7180.6 „Naturwissenschaftliche Vereinigung“ rückgängig zu machen.

Abstimmungsergebnis zum Antrag „Naturwissenschaftliche Vereinigung“ :

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	8
Enthaltungen:	0

3.2. Änderung der Realsteuerhebesätze für 2006

Herr Blasweiler erläutert die Vorlage 072/2006 „Hebesatzsatzung“ und weist darauf hin, dass aufgrund neuer Bestimmungen (Erlass des Innenministeriums vom 05.01.2006) die Hebesätze für Gewerbe- und Grundsteuern, bezogen auf die Gemeindegrößenklasse, mindestens in Höhe des jeweiligen Landesdurchschnittes festgesetzt werden müssen. Bei der Grundsteuer B ist damit mindestens die Anhebung von 398 auf 413 Prozentpunkte entsprechend des Erlasses geboten. Um ein weiteres Anwachsen des Haushaltsdefizits zu vermeiden, schlägt die Verwaltung vor, die Mehrbelastungen, die unmittelbar aus der Erhöhung des Kreisumlagensatzes resultieren, über das durch den Erlass erforderliche Maß hinaus, durch eine Erhöhung der Realsteuerhebesätze auszugleichen. Die Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Realsteuerhebesätze kommen unmittelbar dem städtischen Haushalt zugute.

Ratsfrau Gabler erklärt, dass die CDU-Fraktion einer Steuererhöhung generell nicht zustimmen wird, auch nicht der Erhöhung der Grundsteuer B. Ratsfrau Linnepe schließt sich den Ausführungen von Frau Gabler an, auch mit Hinweis auf die bevorstehende Mehrwertsteuererhöhung. Herr Blasweiler weist darauf hin, dass die Aufsichtsbehörde zwar den rechtswidrigen Zustand einer § 81er Gemeinde innerhalb von Grenzen duldet. Bei Überschreitung der Grenzen sind disziplinarische Maßnahmen und strafrechtliche Folgen möglich.

Ratsherr Metzger, Ratsfrau Tschöke und Ratsherr Oettinghaus schließen sich aufgrund der schwierigen Haushaltssituation den Ausführungen von Herrn Blasweiler an.

Beschluss:

Der Ausschuss lehnt den Beschlussvorschlag der Verwaltung, Vorlage 072/2006 „Hebesatzsatzung“ ab.

Nein-Stimmen: 7

Ja-Stimmen : 8

–

Nach erfolgter Abstimmung über die Vorlage „Hebesatzsatzung“ schließt sich die Diskussion über den gemeinsamen Antrag von der Lüdenscheider Ratfraktionen Lüdenscheider Liste, CDU und FDP an. Stadtkämmerer Blasweiler schlägt vor, den Antrag in drei Abschnitten zu beraten.

Antragsteil 1

„Die einzelnen Ämter erhalten für das Jahr 2006 ein jeweils auf ihr Amt bezogenes Ausgabenbudget in Höhe des Haushaltsansatzes 2006 der Änderungsliste“

Stadtkämmerer Blasweiler informiert, dass für den Haushalt 2006 die Diskussion um Ausgaben- und Zuschussbudget unerheblich ist, nicht jedoch für die Planung der Haushalte 2007/2008. Das Ausgabenbudget auf Seite 1 der Liste auf der Basis des Rechnungsergebnisses 2005 entspricht dem Zuschussbudget in der Liste auf Seite 59. Nach kurzer Diskussion lässt die Vorsitzende abstimmen.

Abstimmungsergebnis zu Antrag 1:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 7

Antragsteil 2

„Zusätzlich wird der Kämmerer beauftragt, nach Verabschiedung des Haushalts eine 10%ige Haushaltssperre auf alle disponiblen Haushaltsmittel des Verwaltungshaushalts zu verhängen.....

Diese Positionen werden von der Verwaltung ämterbezogen kategorisiert, um einen besseren Überblick über die noch beeinflussbaren Haushaltsstellen zu haben. Im BOFi ist vom Kämmerer vierteljährlich und ämterbezogen Bericht zu erstatten über die bis dahin wieder aufgehobenen Haushaltssperren bei den jeweiligen Ansätzen.“

Herr Blasweiler trägt vor, dass nach einer entsprechenden Umfrage bei den Ämtern bei einem Gesamthaushaltssoll 2006 von rd. 152 Mio. € lediglich 1,3 Mio. € disponible Mittel des Verwaltungshaushalts zur Verfügung stehen, bei einer 10%igen Sperre ist das ein Betrag von 130.000 € bei 475 Haushaltsstellen über alle Ämter verteilt. Der Kämmerer weist darauf hin, dass die Umsetzung mit hohem Verwaltungsaufwand verbunden wäre, der letztlich die rd. 130.000 € Einsparung weitgehend aufzehren würde. Er schlägt vor, von der Haushaltssperre abzusehen.

Der Vorschlag findet keine Zustimmung der Ausschussmitglieder. Frau Gabler vermutet zudem, dass über den Betrag von 130.000 € hinaus noch weiteres Einsparpotenzial, beispielsweise im Bereich der Energiekosten, vorhanden sei. In diesem Zusammenhang drängt sie auf die Entwicklung eines Energiesparkonzeptes.

Nach weiterer kontrovers geführter Debatte stellt Ratsherr Metzger den Antrag zur Geschäftsordnung, die Diskussion abubrechen und schlägt als Kompromiss vor, Einspareffekte im Haushalt 2006 ohne großen Verwaltungsaufwand zu erzielen. Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis zum Antrag zur Geschäftsordnung:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 8

Es schließt sich eine weitere Diskussion an. Herr Blasweiler schlägt vor, alle freiwilligen Ausgaben über 1.000 € mit einer Haushaltssperre ggf. von 20 % zu versehen. Ratsherr Schwarz lehnt den Vorschlag ab und verweist inhaltlich auf den gestellten gemeinsamen Antrag. Zudem sieht er den Verwaltungsaufwand im Rahmen der Einsparung von rd. 130.000 € als

gerechtfertigt an und weist in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Einführung eines Vertragsmanagements hin.

Ratsherr Voss stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, dass über den Antrag 2 abgestimmt werden soll.

Abstimmungsergebnis zu Antrag 2:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 7

Antragsteil 3

„Rechtzeitig vor Beginn der Beratungen des Haushaltsplans 2007/2008 werden folgende Maßnahmen eingeleitet und den jeweiligen Fachausschüssen vorgelegt.....“

Antrag 3 wird zu dem TOP 4 „Terminplanung Doppel-Haushalt 2007/2008“ beraten.

3.3. Liste auf der Basis des Rechnungsergebnisses 2005

Die gewünschte Liste auf der Basis des Rechnungsergebnisses 2005 wird von der Verwaltung vorgelegt.

3.4. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2006 (einschließlich Haushaltssicherungskonzept) Vorlage:

Es ergibt sich kein Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag nach Maßgabe der vorher gefassten Beschlüsse der Verwaltung gemäß Vorlage zu.

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 7

3.5. Finanzplanung 2005 - 2009, Investitionsprogramm 2007 - 2009 Vorlage:

Es ergibt sich kein Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung gemäß Vorlage einstimmig zu.

4. Terminplanung Doppel-Haushalt 2007/08

Der Stadtkämmerer stellt den Entwurf des Zeitplans zum Haushalt 2007/2008 vor. In Verbindung mit den Vorgaben aus dem Teilantrag 3 des gemeinsamen Antrags der Lüdenscheider Ratfraktionen Lüdenscheider Liste, CDU und FDP hält er den Zeitplan für nicht einhaltbar. Er

schlägt vor, zweigleisig zu verfahren, den Zeitplan bezüglich des Vermögenshaushalts annähernd einzuhalten und den Beratungsablauf für den Verwaltungshaushalt neu zu terminieren.

Ratsherr Schwarz beantragt noch einmal die Einführung eines Vertragsmanagements, um den Anforderungen aus dem Antrag 3 gerecht zu werden. Die Vorsitzende weist daraufhin, dass die Verwaltung schlüssig dargestellt hätte, so auch in der Ausschusssitzung am 01.12.2005, dass das bereits bestehende dezentrale Vertragsmanagement ausreiche. Danach lässt sie über den Antrag von Ratsherrn Schwarz abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	7
Enthaltungen:	3

Im Anschluss daran folgt die Abstimmung über den Teilantrag 3 des gemeinsamen Antrags der Lüdenscheider Ratfraktionen Lüdenscheider Liste, CDU und FDP.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0

5. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

5.1. Bekanntgaben

5.1.1. Software für NKF

Der Stadtkämmerer teilt mit, dass sich die Stadt Lüdenscheid im Rahmen der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für die Software KIRP der KDZ Citkomm entschieden hat.

5.2. Beantwortung von Anfragen und Anfragen

Keine

Vorsitzender

Schriftführer